

Interview mit Nationalrat Philipp Müller, der an der nächsten Parlamentswahl als Ständeratskandidat in den Wahlkampf steigen möchte

«Was gut ist für die Schweiz, ist meist auch gut für den Kanton Aargau»

Seit zweieinhalb Wochen ist klar: der Reinacher Nationalrat Philipp Müller will sich der Wahl in den Ständerat stellen. Im Interview mit WB-Redaktor Martin Sommerhalder erklärt er seine Beweggründe. Natürlich nimmt er auch zu tagesaktuellen und regionalpolitischen Themen Stellung – wie immer erfrischend, deutlich und klar verständlich, so wie man ihn kennt.

Philipp Müller, weshalb wollen Sie in den Ständerat?

Nach 11 Jahren im Nationalrat reizt es mich, das andere Klima und die andere Kultur im Ständerat zu erleben. Die Dossiers, welche es zu bearbeiten gilt, bleiben dieselben, da kann ich auf meine Erfahrung bauen.

Natürlich geht es für uns als Partei auch darum, den Aargauer Ständeratssitz zu halten. In diesem Zusammenhang muss ich allerdings noch betonen, dass ich erst vom Ausschuss der Geschäftsleitung als Kandidat vorgeschlagen bin, die Aargauer Delegiertenversammlung der FDP muss das auch noch akzeptieren. Der Ausschuss fand, dass wir auf diese Weise gut aufgestellt sind. Mit Corina Eichenberger, die wieder für den Nationalrat kandidiert und Thierry Burkard als erstem Ersatz aus den Wahlen 2011, der damit sehr gute Wahlchancen hat.

Viele sagen, ein Parteipräsident gehöre in den Nationalrat und ab Ende Mai haben Sie einen starken Rivalen – Blocher – weniger, weshalb wollen Sie trotzdem in den Ständerat?

Dass der Parteipräsident unbedingt im Nationalrat sein muss, trifft gerade in unserer Partei nicht zu. Und zwar weil wir mit Gabi Huber eine Fraktionspräsidentin haben, welche die FDP-Fraktion gut führt. Ausserdem zeigt auch das Beispiel von SP-Präsident Christian Levrat, dass ein Parteipräsident durchaus im Ständerat politisieren kann.

Als Ständerat sind Sie nicht nur FDP-sondern auch Ständesvertreter. Gibt es Bereiche, wo Sie sich speziell für den Aargau einsetzen möchten?

Die allermeisten Themen im Parlament und damit auch im Ständerat, sind nicht im Interesse eines einzelnen Kantons. Was gut ist für die Schweiz ist in der Regel auch gut für den Kanton Aargau. Natürlich werde ich als Ständesvertreter für den Aargau auftreten, wenn es Vorlagen sind, die im Interesse des Kantons sind.

Es drängen sich aus Ihrer Sicht also keine «Aargauer Vorstösse» auf? Oder anders gefragt: Sie sehen sich diesbezüglich eher in einer passiven Rolle?

Ja, die sehe ich – was persönliche Vorstösse betrifft – eher passiv. Eigentlich ist

parlamentarische Vorstösse hängt. So viele Probleme gibt es bestimmt nicht in der Schweiz. Diesbezüglich halte ich mich deswegen seit einigen Jahren sehr zurück.

Als «18-Prozent-Müller» haben Sie sich einen Namen als Zuwanderungsexperte gemacht. Wohin führt der Weg mit der Zuwanderungsinitiative? Inwiefern sind Sie an der Lösung des Problems beteiligt?

Als Mitglied der Staatspolitischen Kommission ist das eines meiner Dossiers, sobald die Vorlage ins Parlament kommt. Der Bundesrat hat den Fahrplan

«Nach 11 Jahren im Nationalrat reizt es mich, das andere Klima und die andere Kultur im Ständerat zu erleben.»

zur Umsetzung des Volksentscheids vom 9. Februar bereits anlässlich der Von-Wattenwyl-Gespräche vom 14. Februar vorgelegt. Alle Parteien sind damit einverstanden.

Und? Zeichnet sich eine Lösung ab?

Der Volksentscheid ist zu respektieren und umzusetzen, das ist klar. Man muss sich aber bewusst sein, dass die neue Verfassungsnorm mit der heute geltenden Personenfreizügigkeit in keiner Art und Weise kompatibel ist. Die Freizügigkeit im heutigen Sinne ist damit nach Ablauf der drei Jahre Umsetzungsfrist erledigt. Es ist nicht möglich, beides unter einen Hut zu bringen. Jetzt geht es primär um den Erhalt der bilateralen Verträge.

Inwiefern haben sich die Dinge seit Ihrer 18-Prozent-Initiative geändert, dass Sie gegen die Zuwanderungsinitiative waren?

Wir hatten andere Rezepte. Wir waren auch nicht untätig und haben immer wieder auf die migrations- und gesellschaftspolitischen Aspekte der Einwanderung hingewiesen. Gewarnt haben wir schon vor Jahren. Man wollte es nicht hören. Dass es Missbräuche gibt und die Bevölkerung nicht in diesem Ausmass weiter wachsen kann, ist auch der FDP schon lange klar. Gerade wir haben immer wieder gewarnt und ständig Massnahmen gefordert, beschlossen und im Parlament durchgesetzt. Aber es fehlte an der Umsetzung. Am 9. Februar hat nun der Bundesrat die Quittung dafür erhalten.

Was genau hat denn die FDP unternommen, um die hohe Einwanderung zu reduzieren?

Anfangen haben wir im Jahr 2008 mit parlamentarischen Initiativen, welche die sehr hohe Einwanderung aus Staaten, die nicht der EU oder der EFTA angehören, die also nicht über das Freizügigkeitsabkommen zu uns gekommen sind, reduziert hätte. Die Initiativen wurden zwar von den zuständigen Kommissionen beider Räte angenommen, aber vom Bundesrat nie umgesetzt. Und das, obwohl aus diesen sogenannten Drittstaaten alljährlich über 40'000 Menschen in die Schweiz kommen. Weiter haben wir schon im Jahr 2009 auf die Mängel beim Vollzug der Personenfreizügigkeit hingewiesen. Auch das hat man im Bundesrat nicht zur Kenntnis genommen, obwohl wir dort immer wieder vorgeprochen haben. Zudem haben wir sowohl im Februar 2011 wie auch im Mai 2013 Delegiertenversammlungen ausschliesslich zum Thema Migration – zum ersten Mal in der Geschichte der FDP –

durchgeführt und von unseren Delegierten einen umfangreichen Forderungskatalog beschliessen lassen. Es mag vielleicht auch an uns liegen, dass wir nicht noch kräftiger und lauter auf die Pauke gehauen haben. Und nun sind die bilateralen Verträge gefährdet.

Warum sind diese denn so wichtig?

Weil es um hunderttausende Arbeitsplätze geht. Wir haben allein mit dem Elsass dasselbe Handelsvolumen wie mit Brasilien und Russland zusammen. Mit Baden-Württemberg dasselbe wie mit den USA, mit Bayern ein solches wie mit ganz Japan. Das Handelsvolumen mit der EU beträgt an einem einzigen Arbeitstag 1 Milliarde Franken. Das zeigt die Dimension der bilateralen Verträge. Auch weitere Freihandelsabkommen wie jenes mit China können dieses Volumen niemals ersetzen. Die Bilateralen zu erhalten ist daher schon aus rein wirtschaftlichen Gründen unabdingbar.

Wie sehen Sie eigentlich die 18-Prozent-Initiative heute?

Als Folge der 18-Prozent-Initiative wurde der Gegenvorschlag, ein neues Ausländergesetz, angenommen und am 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Das wäre ein gutes Gesetz, das viele heutige Probleme lösen würde, wenn es konsequent angewendet würde. Es besagt beispielsweise, dass kriminelle Einwanderer ausgeschafft werden können. Ich kann nur den Kopf schütteln darüber, dass die Richter diese Möglichkeiten nicht ausschöpfen.

Auch im Kapitel Asyl gibt es Probleme. Was denkt Ständeratskandidat Philipp Müller zu den Stichworten «Bettwil» oder «Aarburg» oder «Liebegg»?

Vor allem ist mir rätselhaft, wie sich gut situierte Gemeinden mit bescheidenen Beträgen von der Pflicht Asylsuchende aufzunehmen freikaufen können.

«Ich wohne schon ewig in Reinach. Trotz unangenehm hohem Steuerfuss gefällt es mir hier.»

Ich habe Verständnis, wenn sich Gemeinden wehren, welche ihr Soll erfüllt haben. Das Hauptproblem liegt aber nicht beim Kanton, sondern beim Vollzug auf Stufe des Bundes. Die FDP verlangt schon lange beschleunigte Verfahren für alle Asylsuchenden aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Seit für Personen aus dem Balkan - auf Druck von uns - solche beschleunigte Verfahren angewendet werden, hat sich die Zahl der Gesuche von monatlich über 800 auf unter 100 reduziert. Das zeigt also Wirkung und müsste dringend auf alle sicheren Herkunftsstaaten ausgedehnt werden. Das Bundesamt für Migration ist daran, dies umzusetzen. Aber es dauert alles viel zu lange.

Verkleinern wir den geografischen Radius. Wie schätzt der «Reinacher Nationalrat» eigentlich seine Region ein? Wo sehen Sie Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken, ihr Potenzial oder sogar Entwicklungspotenzial?

Ich wohne schon ewig in Reinach. Trotz unangenehm hohem Steuerfuss gefällt es mir hier. Wir haben einen schönen Erholungsraum, Natur pur, sogar mit See. Es gibt viel Gutes hier. Als Region müssen wir uns jedoch verabschieden von der Idee, neue, grosse Firmen hier ansiedeln zu können. Aber all jene, die heute hier sind intensiv zu pflegen ist ein



Gebot der Stunde. Unsere Zukunft liegt aber wohl eher bei einem starken Gewerbe und bei spezialisierten Dienstleistungen. Man müsste die Region auch als Erholungsraum bekannter machen.

Schon in Aarau oder Baden sind diese Vorzüge nicht mehr bekannt. Zudem wünsche ich mir, dass der eine oder andere Besitzer einer Liegenschaft entlang den Reinacher Hauptstrassen mehr Wert auf deren Pflege legt und sie instand stellt.

Es gibt ja die Organisation aargauSüd Impuls, welche sich mit der Entwicklung der Region befasst. Sie haben vor einiger Zeit Zweifel geussert, ob diese die Schwerpunkte richtig legt. Es gab inzwischen eine Aussprache, hat die ihre Zweifel ausgeräumt?

«Auch die FDP ist der Ansicht, dass jeder, der Vollzeit arbeitet, von seinem Lohn leben können soll.»

Ich schicke voraus, ich bin eines der Gründungsmitglieder von aargauSüd. Zur Ihrer Frage: aargauSüd wird einfach zu wenig wahrgenommen. Ich lese beispielsweise im Wynentaler kaum etwas darüber. Vielleicht tue ich dem Verband Unrecht. Es sollte vermehrt nach dem Motto «Tue Gutes und sprich darüber» laufen.

Momentan gibt es in der Region viele Wohnbauten, die sich im Bau befinden, geplant oder bereits realisiert sind. Sie sind bekanntlich aus der Branche, wie sehen Sie zu dieser Entwicklung?

Was momentan in der Baubranche abgeht ist masslos – nicht nur hier in der Region. Das kommt nicht gut heraus. Nicht nur hier stehen jetzt schon Wohnungen leer. Bedarf gibt es in den Ballungszentren, aber kaum hier auf dem Land. Auf jeden Fall nicht in diesem Ausmass. Ich hoffe auf eine weiche Landung und nicht einen Totalabsturz des Immobilienbereichs.

Aber Sie sind auch nur Beobachter dieser enormen Bautätigkeit?

Wir haben in der Schweiz Gewerbe-freiheit. Jeder, der bauen will, kann das tun.

Blicken wir noch auf das Abstimmungswochenende. Sie haben noch im letzten Jahr einen Manager nach dessen hohen Bonusbezug mit einem kräftigen Wort betitelt. Verstehen Sie, wenn Normalbürger diesen Gedanken weiterführen und ausrechnen, dass man auf der andern Seite der Schere nur mit diesem einen Bonus manch tiefen Lohn auf ein passables Mass anheben könnte?

Sie sprechen den Mindestlohn an. Ich verstehe den Normalbürger, der sich solche Gedanken macht, aber die Banken haben kein Tieflohnproblem und wären von der Mindestlohninitiative kaum betroffen.

Dann frage ich anders. Weshalb kann sich die Wirtschaft Boni-Exzesse leisten, aber keinen Mindestlohn?

Zuerst: auch die FDP ist der Ansicht, dass jeder, der Vollzeit arbeitet, von seinem Lohn leben können soll. Wir haben eine Gesamtlohnsomme in der Schweiz von rund 310 Milliarden Franken. Wenn man sämtlich Tieflohne auf 4000 Franken anheben würde, käme man auf Zusatzkosten von rund 2,5 Milliarden. Damit wird deutlich, dass selbst die Streichung

der zu hohen Boni nur ein Tropfen auf dem heissen Stein wären.

Abgesehen davon, was spricht gegen einen Mindestlohn?

Viele Branchen haben bereits einen Mindestlohn. Dieser wurde aber durch die Sozialpartner ausgehandelt. Mit der Sozialpartnerschaft gibt es in der Schweiz also etwas viel Besseres, das sich über lange Zeit bewährt hat. Mit Gesamtarbeitsverträgen werden Lösungen ausgehandelt, welche die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Branchen berücksichtigen und auf örtliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Mit einem Mindestlohn in der Verfassung würde diese bewährte Sozialpartnerschaft arg gefährdet. Viele im Bereich der Mindestlohninitiative sind aber Menschen, die sich in einer Übergangsphase befinden, also beispielsweise Schulabgänger oder Studenten. Selbst wenn man den Mindestlohn von 4000 Franken einführen würde, könnte ein Familienvater in der Stadt Zürich davon kaum leben, während dies beispielsweise im Kanton Jura, mit den dortigen wesentlich tieferen Lebenshaltungskosten schon anders aussehen würde.

Andere Länder haben den Mindestlohn.

Ja Frankreich 10.50 Franken, Deutschland demnächst 9.50 Franken pro Stunde. Mit dem geforderten Stundenlohn von 22 Franken, hätten wir dagegen den Weltrekord. Es gäbe noch mehr Zuwanderungsdruck, Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Die Forderung passt damit auch nicht ins europäische Umfeld.

Sie sagten in andern Interviews, dass Sie als Parteipräsident im ganzen Land herumreisen, um die Grundhaltung und die Werte der FDP zu erklären. Welche Werte sind das?

Das sind Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Vielleicht wundert man sich über den Begriff Freiheit, die haben wir

«Ich kann nur den Kopf schütteln darüber, dass die Richter die Möglichkeiten des Ausländergesetzes nicht ausschöpfen.»

ja in der Schweiz. Trotzdem muss man kämpfen dafür, dass das auch so bleibt. Wir wehren uns dagegen, zureguliert und von Gesetzen überhäuft zu werden. Freiheit erfordert auch Eigenverantwortung. Nicht der Staat soll von der Wiege bis zur Bahre alles richten. Gemeinsinn bedeutet als Beispiel, dass hier auch in Zukunft eine gute Ausbildung möglich ist und die Sozialwerke nachhaltig gesichert sind. Die sind nur momentan gesichert, aber wenn die Entwicklung so weitergeht, sind sie es in Zukunft nicht mehr. Fortschritt bedeutet Offenheit gegenüber neuen Technologien, beispielsweise bei der Energiepolitik oder im Umweltschutz.

Sie haben auch schon gesagt, als FDP-Präsident müssten Sie auch die Position der Partei zur Zukunft der Schweiz zu vertreten. Wie sieht die FDP die Zukunft der Schweiz?

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Die Herausforderung ist dabei der internationale Wettbewerb, der immer härter wird. In der Schweiz soll nicht ein Klima von Neid und Missgunst entstehen. Es gibt Anzeichen einer Entwicklung in diese Richtung. Es darf keine gewaltige Umvertei-

lungsmaschinerie in Gang gesetzt werden. Für die FDP ist zudem auch klar: Wir wollen eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz, die ihr Heil aber nicht in der Isolation, sondern in einem guten Austausch und im Handel mit ihren wichtigsten Nachbarn sucht.

Welche Rolle spielen Themen wie die Energiewende?

Mit der heute bekannten Technik können keine Kernkraftwerke mehr realisiert werden. Wir tragen die Energiestrategie 2050 grundsätzlich mit. Wir müssen aber verhindern, dass wir beim Wechsel hin zu erneuerbaren Energien dieselben Fehler mit ihren verheerenden Folgen machen wie Deutschland. Dort ist wegen der Milliarden-Subventionen der Marktpreis des Stroms so billig wie nie, aber die Endkosten bezahlen trotzdem immer mehr. Das ist eine riesige Umverteilung. Subventionen müssen ja auch finanziert werden. Nur hat die Umwelt nichts davon.

Kürzlich haben die Kulmer Bauern gegen Littering demonstriert, nicht nur weil sie auf ihren Wiesen die Sauerei ausräumen müssen, sondern weil sogar Kühe geschlachtet werden mussten, weil sie Abfall fressen. Eine Motion für griffige Massnahmen gegen Littering wurde im Aargauer grossen Rat eingereicht. Die Bauern sagen, ein griffiges Mittel wäre die Wiedereinführung des Pfandes für Dosen und Flaschen, das wäre jedoch Bundessache. Wie stehen Sie dazu?

Unser Staatswesen beruht auf dem Subsidiaritätsprinzip. Die anfallenden Aufgaben sollen also dort geregelt und erledigt werden, wo sie am nächsten beim Problem und bei den Leuten sind. Littering ist eine Gemeinde- oder allenfalls eine Kantonsaufgabe. Der Bund ist diesbezüglich zu weit weg von den lokalen Gegebenheiten. Zum Pfand: Deutschland hat bereits seit über 10 Jahren eine Pfandpflicht auf Einwegverpackungen von Getränken. Die Bilanz heute ist – als Folge zu vieler Ausnahmen – schlecht. Wenn wir das in der Schweiz gesetzlich regeln wollten, würden sich die kleinen und kleinsten Geschäfte auch wehren, wenn sie alles gegen Geldauszahlung zurücknehmen müssten, was sie vorher nicht einmal verkauft haben. Das funktioniert so nicht.

Noch eine Frage zum Gripen, Sie haben diesen einst als «Papierflieger» bezeichnet, dann wurden Sie zum Befürworter und nun haben Sie laut Tagespresse mit «geheimen Dokumenten» in einem «skandalösen» Vorgang unter Beteiligung des schwedischen Botschafters sogar Leute Ihrer Partei für den Gripen erwärmen müssen. Weshalb wurden Sie vom Saaluis zum Paulus?

Da haben weder der Saaluis noch der Paulus eine Rolle gespielt. Im Frühsommer 2012 hat die mit der Prüfung der Beschaffung des Gripen beauftragte Subkommission unter der Leitung von SVP-Nationalrat Thomas Hurter einen verheerenden Bericht erstellt. Darin wurde deutlich, dass die Beschaffung auf diese Weise beim Volk nie und nimmer eine Chance hätte. Die FDP hat schnell reagiert und einen Katalog mit offenen Fragen und strittigen Punkten erstellt. Darin

«Was momentan in der Baubranche abgeht ist masslos – nicht nur hier in der Region.»

wurden auch Forderungen aufgeführt, ohne deren Erfüllung die FDP die Beschaffung abgelehnt hätte. Zentral waren dabei die Aufnahme eines Rücktrittsrecht

«Ich selber bin in keinem Verwaltungsrat, obwohl immer wieder Angebote kommen. Ich gebe selbst die zwei Zutrittskarten zum Bundeshaus, über die jeder Parlamentarier verfügen kann, niemals ab. Die bleiben schön im Depot.»

und einer Konventionalstrafe, falls die Schweden nicht zeitgerecht und mit den vereinbarten technischen Spezifikationen liefern würden. Die Bedingungen wurden erfüllt, die FDP hat dann zugestimmt. Das ist ein logischer parlamentarischer Ablauf. Da das VBS nicht in der Lage war, die nachverhandelten entsprechenden Vertragsbestimmungen offen zu legen, haben wir uns die Informationen dort geholt, wo sie zu erhalten waren - beim schwedischen Botschafter in der Schweiz. Daraus eine Geheimaktion zu konstruieren ist Unsinn. Am selben Tag habe ich das sogar in der Tagesschau des Schweizer Fernsehens öffentlich gemacht.

Einige sehen im Gripen ein typisches Lobbying-Geschäft. Wie intensiv haben Sie persönlich mit Lobbyisten in Kontakt?

Die Lobbyisten in der Wandelhalle des Bundeshauses sind kein Problem, die sind ja sichtbar und kommunizieren in der Regel transparent. Problematischer sind aber jene Lobbyisten, die selber Parlamentarier sind und sich in den Kommissionen für ihre Lobby engagieren. Auch Parlamentarier, die in zu vielen Verwaltungsräten sitzen, opfern damit einen Teil ihrer Unabhängigkeit. Ich selber bin in keinem einzigen VR, obwohl immer wieder Angebote kommen. Ich gebe selbst die zwei Zutrittskarten zum Bundeshaus, über die jeder Parlamentarier verfügen kann, niemals ab. Die bleiben schön im Depot. Übrigens hat kürzlich eine Erhebung ergeben, dass die Bundeshausfraktion der FDP im Durchschnitt pro Parlamentarier am wenigsten Verwaltungsratsmandate aufweist. Ich war selber überrascht, aber positiv.

Sie strahlen betreffend ihrer Wahl als Aargauer Ständerat grosse Zuversicht aus, weshalb eigentlich?

Da täuschen Sie sich. Wahlen darf man nie unterschätzen. Es wird ein sehr engagierter Wahlkampf erforderlich sein.

Haben Sie persönlich ein wichtiges inhaltliches Ziel, das Sie mit Ihrem politischen Engagement (noch) erreichen möchten?

Ich habe zwei Wünsche, die Sie auch Ziele nennen können: Erstens möchte ich endlich Ruhe an der Steuerhinterziehungsfrent. Dazu müssen die Banken ihre Altlasten abtragen und Vereinbarungen vor allem mit den USA erreichen. Zweitens will ich unser Verhältnis zur Europäischen Union nachhaltig klären. Dazu gehört aber auch, dass die EU akzeptiert, dass die Schweiz nicht Mitglied ist und es auf lange Zeit auch nicht werden will. Die FDP hat diesbezüglich im Herbst 2010 an einer Delegiertenversammlung klar und deutlich beschlossen, dass ein EU-Beitritt oder eine Neuaufgabe des EWR nicht infrage kommen.